

DEUTSCHLAND

Grüne fordern:
Soldaten in den Sudan

BERLIN. Die Grünen haben gefordert, dass sich Deutschland an der UN-Friedenstruppe im sudanesischen Darfur beteiligt. Dort gehen Reitermilizen seit Jahren brutal gegen Rebellen und die Zivilbevölkerung vor. Die Uno will deshalb bis zu 22000 Mann in den Sudan schicken. Die große Koalition steht dem zurückhaltend gegenüber.

EUROPA

Terror-Festnahmen
in Großbritannien

LONDON. Bei Antiterror-Razzien in Großbritannien haben Fahnder 16 Verdächtige inhaftiert. Die Aktionen haben sich gegen mutmaßliche Organisatoren geheimer Ausbildungsstätten für Selbstmordattentäter gerichtet. Die Polizei ermittelte gegen ein „Netzwerk von Terror-Schulungslagern quer durch Großbritannien, von dem befürchtet wird, dass es eine neue Welle hausgemachter islamischer Extremisten heranzieht“.

Explosion: Zwei Tote

ISTANBUL. Bei einem Anschlag in einer Kleinstadt im Südosten der Türkei sind gestern 2 Menschen getötet und 14 weitere verletzt worden. Der Sprengsatz explodierte in einem Abfallbehälter vor einem Teegarten. Getötet wurden ein Polizist und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, berichtete die Nachrichtenagentur Anadolu. Acht Verletzte wurden in Krankenhäuser der Provinzhauptstadt Van gebracht. dpa

Kaczynski greift Köhler an



WARSAU. Polens Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski hat Bundespräsident Horst Köhler kritisiert, weil er die Berliner Vertriebenen-Ausstellung besucht hat. „Das ist eines der beunruhigenden Ereignisse in jüngster Zeit in Deutschland“, sagte Kaczynski. Köhler hatte bei dem Besuch erklärt, Vertreibungen seien Unrecht und dürften kein Mittel der Politik sein. Foto: dpa

WELT

Der Iran bleibt im
Atomstreit unnachgiebig

TEHERAN. Drei Tage ist es her, seit der Iran ein UN-Ultimatum verstreichen ließ, das ihn zur Aufgabe seines Atomprogramms aufforderte. Seitdem laufen die Bemühungen um eine diplomatische Lösung der Krise. Die Fronten bleiben allerdings verhärtet: Auch UN-Generalsekretär Kofi Annan hat es gestern bei einem Besuch in Teheran nicht geschafft, Irans Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad umzustimmen. dpa

SERVICE

EU-Sommerrätsel

Zehn Fragen zur Europäischen Union haben wir im Sommerrätsel gestellt. Fast 500 Leser kamen auf das Lösungswort. Es heißt „Berlaymont“ – nach dem Gebäude in Brüssel, das die Europäische Kommission beherbergt. Auf der Leser-Seite finden Sie alle richtigen Antworten und die Gewinner. ▶ LESER-SEITE

Redaktion: Thomas Kröger

Thema des Tages Gammelfleisch

Der Skandal nimmt immer größere Dimensionen an. Jetzt gibt es Anhaltspunkte, dass verdorbene Ware auch nach Niedersachsen gelangt ist.



Hier ist alles in Ordnung: Mitarbeiter einer Frankfurter Dönerfabrik verarbeiten rohes Fleisch und Mett zu einem Dönerspieß. Doch verdorbene Ware aus Bayern soll nun nach Niedersachsen gelangt sein. Archivfoto: dpa

Ekelfleisch: „Es geht hier
auch um Körperverletzung“

Zwei Firmen haben möglicherweise verdorbene Ware aus Bayern erhalten

HANNOVER. Der im neuen deutschen Gammelfleisch-Skandal unter Verdacht geratene Münchner Großhändler hat offensichtlich auch drei Tonnen verdorbene Fleisch nach Niedersachsen geliefert. Es sollen zwei Firmen mit verschiedenen Fleischsorten von dort beliefert worden sein, teilte das niedersächsische Verbraucherschutzministerium mit.

Bei einer dritten Firma habe sich der Verdacht als falsch erwiesen, der Händler habe kein Fleisch aus Bayern erhalten. Bei dem Großhändler in Bayern waren etwa 50 Tonnen Fleisch beschlagnahmt worden. Das Haltbarkeitsdatum war um bis zu vier Jahre überschritten.

Mitarbeiter der Veterinärbehörden würden derzeit den Verbleib der Ware prüfen und sie gegebenenfalls sicherstellen. Es gebe kei-

„Ich weise seit Monaten darauf hin, dass die Lebensmittelkontrollen verbesserungsbedürftig sind“

Minister Horst Seehofer

ne Anhaltspunkte, dass es sich um gesundheitsschädliche Lebensmittel handele.

Allerdings gebe es den hinreichenden Verdacht, dass die gelieferte Ware auf Grund ihres hohen Alters möglicherweise nicht mehr für den Verzehr geeignet sei. Ein Betrieb ist geschlossen.

„Wir haben die Listen bekommen, wo im August Lieferscheine verzeichnet sind, und da waren eben die Betriebe drauf und nun müssen wir feststellen, ob hier wirklich was gelandet ist“, sagte Niedersachsens Landwirtschaftsminister Hans-Heinrich Ehlen (CDU). Brigitte Pothmer (Grüne) forderte: „Wir dürfen dies nach einer Reihe von Skandalen nicht weiter als Kavaliärsdelikt behandeln. Es geht hier auch um Körperverletzung.“ dpa

Motive der Kofferbomber geklärt

Mohammed-Karikaturen als Auslöser des Anschlags – Beckstein: Hohe Terrorgefahr

BERLIN. Rund fünf Wochen nach den versuchten Kofferbomben-Anschlägen auf zwei Züge der Deutschen Bahn sind die Motive der mutmaßlichen Täter nach Ansicht des Bundeskriminalamts geklärt.

Bundeskriminalamts-Chef Jörg Ziercke sagte dem Magazin „Focus“, „Initialzündung“ sei die Veröffentlichung der umstrittenen Mohammed-Karikaturen in deutschen Zeitungen gewesen.

Laut einem Bericht der „West-

deutschen Allgemeinen Zeitung“ sollten die Anschläge bereits während der Fußball-WM verübt werden. Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) warnte vor erhöhter Terrorgefahr in Deutschland bei einem Bundeswehr-Einsatz im Nahen Osten.

Trotz Differenzen über die geplante Anti-Terror-Datei hoffen die Innenminister heute bei einem Treffen auf einen Durchbruch in dem jahrelangen Streit.

Libanons Generalstaatsanwalt Said Mirza erhob wegen der versuchten Anschläge auf Züge nach Dortmund und Koblenz gegen fünf Libanesen und einen Syrer Anklage. Er wirft ihnen die Organisation eines „Massenmords“ vor.

Vier der mutmaßlichen Täter befinden sich momentan in libanesischer Haft, zwei sitzen in Deutschland im Gefängnis. Im Libanon droht ihnen lebenslange Haft und Arbeitslager. dpa

El-Kaida-Führungsmitglied festgenommen

Polizei inhaftierte die Nummer 2 des Terrornetzes im Irak – 36 Tote bei Anschlägen am Wochenende

BAGDAD. Der stellvertretende Führer des Terrornetzes El Kaida im Irak ist gefasst worden. Hamed Dschumaa Farid al-Saidi sei vor einigen Tagen in einem Privathaus gestellt worden, teilte der nationale Sicherheitsberater des Landes, Muafak al-Rubaie, gestern mit. Al-Saidi soll für den Anschlag auf die schiitische Moschee von Samarra im Februar verantwortlich sein.

Das auch als „Goldene Moschee“ bekannte Gotteshaus gilt als eines der wichtigsten Heiligtümer der schiitischen Muslime. Nach dem Anschlag war die Gewalt zwischen Sunniten und Schiiten im Irak sprunghaft angestiegen.

Al-Saidi habe sich in einem Privathaus verschanzt, wo er Frauen und Kinder als menschliche Schutzschilder einsetzte, sagte der irakische Sicherheitsberater. Er soll hinter dem neuen El-Kaida-Führer im Irak, Abu Ajub al-Masri, die Nummer zwei der Terrorgruppe El Kaida im Zweistromland sein.

Al-Masri war nach dem Tod des jordanischen Top-Terroristen Abu Mussab al-Sarkawi im Juni zu dessen Nachfolger bestimmt worden. Al-Sarkawi war bei einem US-Luftangriff nahe Bakuba, etwa 60 Kilo-

meter nordöstlich von Bagdad, getötet worden.

Bei Angriffen und Anschlägen starben am Wochenende wieder 36 Menschen im Irak. Erst vorgese-



„Die überwältigende Mehrheit der Menschen will Frieden und ein normales Leben“

US-Präsident George W. Bush

tern war ein Bericht des Pentagon veröffentlicht worden, in dem die Lage im Irak als verheerend be-

„Immer noch
20 Milliarden
Schulden“

Der Bundestag berät ab morgen den Bundeshaushalt 2007. Mit dem Finanzexperten und CDU-Bundestagsabgeordneten Jochen-Konrad Fromme (Salzgitter-Wolfenbüttel), sprach Christian Kerl.



Herr Fromme, mit dem Etat 2007 werden wieder die Vorgaben des Euro-Stabilitätspakts und der Verfassung eingehalten. Schon jetzt sprudeln die Steuern. Ein Durchbruch?

Mit dem Haushalt 2007 wird sichtbar, dass die Koalition einen Paradigmenwechsel in der Haushaltspolitik vornimmt. Wir erreichen zunächst formal die beiden Kriterien von Maastricht und der Verfassungsmäßigkeit. Aber es ist kein Signal der Entspannung. Die Steuereinnahmen können nicht dazu führen, dass wir in den Sparbemühungen nachlassen.



Jochen-Konrad Fromme.

Die Haushaltskonsolidierung wird auch mit höheren Mehrwertsteuern ab 2007 finanziert – die Opposition fordert, angesichts der guten Steuereinnahmen darauf zu verzichten.

Das schließe ich aus. Wir haben die bessere Steuerentwicklung im Haushaltsentwurf 2007 ja zum Teil schon eingeplant. Und wir nehmen nächstes Jahr immer noch über 20 Milliarden Euro Schulden auf – das ist zu hoch. Wir sind auf dem richtigen Weg, aber noch lange nicht am Ziel.

Wie erreichen Sie das Ziel eines wirklich soliden Haushalts?

Das ist ein Meinungsunterschied in der Koalition. Herr Steinbrück erklärt, wir hätten einen Einnahmestrukturproblem. Das sieht die Union anders: Wir sehen ein Ausgabe-Strukturproblem. Das ist für den Lösungsansatz wichtig – Steinbrück möchte die Einnahmen erhöhen. Wir wollen lieber die Ausgaben senken, auch wenn das mühsamer ist. Das wird uns in der Koalition noch beschäftigen.

Die Bundesagentur für Arbeit erzielt einen Milliardenüberschuss. Ließe sich nicht ein Teil zur Entschuldung des Bundeshaushalts verwenden?

Nein. Steuergelder und Versicherungsbeiträge sind zwei Finanzkreisläufe, die strikt getrennt bleiben müssen. Das Geld muss im Haushalt der Bundesagentur bleiben. Und wenn sich zeigt, dass die Einnahmen wirklich stabil sind, muss man damit die Beiträge weiter senken – auch wenn es nur vorübergehend für ein oder zwei Jahre sein sollte.

schrieben wurde. Insgesamt sei die Zahl der Opfer unter den Zivilisten in den vergangenen drei Monaten um 51 Prozent gestiegen und die Zahl der Anschläge um 15 Prozent, heißt es in dem Bericht.

Trotz des alarmierenden Berichts sieht US-Präsident George W. Bush keinen Bürgerkrieg im Irak. Es handle sich um eine sehr kleine Anzahl von Irakern, die religiös motivierte Gewalttaten verübten, sagte Bush. „Die überwältigende Mehrheit der Menschen will Frieden und ein normales Leben in einem geeinten Land.“ dpa